

VORWÄRTS

Sozialistische Zeitung

öS 8.-

- ☒ Unterweger
- ☒ Prozeß
- ☒ Gemeinde-
- ☒ bedienste
- ☒ Europäische
- ☒ Union
- ☒ Frankreich

Horrorszenario für Österreichs Arbeitnehmer

560.000 droht Arbeitslosigkeit!

In den nächsten fünf bis zehn Jahren sind 560.000 Beschäftigte von Arbeitslosigkeit bedroht. Grund ist, daß sich der Wettbewerb immer mehr zuspitzt und die Firmen immer produktiver, mit immer weniger Arbeitnehmern, produzieren. Betroffen sind vor allem die Beschäftigten der Verstaatlichten und die Industriearbeiter. Ausgegangen wird bei dieser Zahl allerdings von 2,24 Millionen Beschäftigten - da es in Österreich aber über 3 Millionen Beschäftigte gibt, ist die Zahl der tatsächlich bedrohten Arbeitsplätze noch viel höher!

Wer Arbeit sucht findet keine!

Trotz einer leichten Verbesserung der Wirtschaftslage wird die Arbeitslosigkeit nicht abgebaut, sondern nimmt im Gegenteil sogar noch weiter zu. Die Arbeitsplatzchancen für die Arbeitssuchenden schauen mehr als frustrierend aus. Im Jänner kamen auf eine offene Stelle sage und schreibe 10,45 Arbeitslose. (Im Jahresdurchschnitt '93 waren es 6,75.) Das straft die immer wieder gehörte

Vorjahr um 9,9%, pro geleisteter Arbeitsstunde nahm sie sogar um 1,2% zu. Die österreichische Industrie ist um 5% produktiver als die west(!)deutsche.

Höhere Produktivität, niedrige Löhne

Und wie haben die österreichischen Arbeitnehmer von dieser Entwicklung profitiert? Gar nicht! Die Nettoeinkommen stiegen 1993 um ganze 0,0%! Das Lohnniveau ist in Österreich um ein Drittel geringer als in Deutschland. Die österreichischen Lohnstückkosten sind geringer als in der BRD, der Schweiz, Norwegen, Belgien und den Niederlanden.

Die Arbeitnehmer sind oft der Unfähigkeit ihres Managements zum Opfer gefallen. An 60% der Insolvenzen sind Fehler der Unternehmensführung schuld.

„Die Beschäftigungseinbußen in der Industrie sind drastisch. 1990 arbeiteten noch 547.172 Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge in der Industrie, im September 93 waren es nur noch 486.169.“

Aushöhlung des Arbeitsrechts

Immer wieder jammern die Herren Unternehmer, daß die Arbeitszeiten in Österreich so unflexibel seien. Doch das ist falsch und nur Propaganda, die ihren politischen Interessen dient. Es ist schon soweit gekommen, daß die Regelarbeitszeit eine Ausnahme ist. Nur noch 42,9% der

Männer und 38,9% der Frauen arbeiten in einem Regelarbeitszeitverhältnis (keine Wochenend- und Nachtarbeit, keine Schicht-, Wechsel- und Turnusarbeit, wöchentliche Arbeitszeit zwischen 36 und 40 Stunden). Also mehr als die Hälfte von uns arbeiten nicht „normal“! Das bedeutet für die Rechte der Arbeitnehmer eine enorme Gefahr. Denn das Regelarbeitszeitverhältnis hat für die Arbeitnehmer eine wichtige Schutzfunktion. Es bestimmt Bereiche wie Kündigungsfristen, Abfertigungen, Mutterschutz etc. Oft verwenden die Unternehmer die Flexibilisierung, um das Arbeitsrecht zu umgehen. „Flexible“ Arbeitszeiten bedeuten nicht einfach freie Zeiteinteilung und daher mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Arbeitnehmer,



ben Lohn bekommen!“ Das ist nicht nur möglich, sondern auch notwendig! Die Unternehmer haben jahre-

Die geleisteten Überstunden entsprechen 30.000 Arbeitsplätzen!

lang durch ihre Praxis gezeigt, daß es für sie möglich ist, den Arbeitern keine Realloohnerhöhungen zuzugestehen, aber deren Leistung (die Produktivität) zu steigern. Was war das Resultat? Die Unternehmer machten Rekordgewinne und die Arbeitslosigkeit stieg an. Jetzt ist es an der Zeit,

das Ruder herumzureißen. De facto ist die Arbeitszeit ja durch Teilzeit und ähnliches schon gekürzt. Aber bei geringem Lohn und Aushöhlung der Rechte der Arbeitnehmer. Für die Arbeitnehmer ist es unabdingbar, kürzere Wochenarbeitszeit für alle bei vollen Rechten und gleicher Bezahlung durchzusetzen. Dazu ist es aber notwendig, daß die Gewerkschaft in die Offensive geht, anstatt mit den Unternehmern in der Sozialpartnerschaft zu packeln und ihnen in einem Punkt nach dem anderen nachzugeben!

von David Mum

Meinung „Wer Arbeit sucht, findet auch eine!“ Lügen. Besonders stark wird der Arbeitsplatzabbau, wie in letzter Zeit, in der Industrie sein. So schreibt die GPA-Zeitung „Kompetenz“: „Die Beschäftigungseinbußen in der Industrie sind drastisch“. 1990 arbeiteten noch 547.172 Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge in der Industrie, im September 93 waren es nur noch 486.169. Trotz der schwachen Wirtschaftserholung wird die Zahl der in der Industrie Beschäftigten heuer um 2,3% und nächstes Jahr noch um ein Prozent (4000 Arbeitnehmer) schrumpfen. Schuld daran sind mit Sicherheit nicht zu hohe Löhne oder die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie. Wer das behauptet, verleugnet bewußt die Wirklichkeit. Die Produktivität stieg in der Industrie im November 93 gegenüber dem

Wir fordern:

- ✪ Kampf um jeden Arbeitsplatz!
- ✪ Sofortige Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn!
- ✪ Mindestlohn von 12.000 für alle Arbeitnehmer!
- ✪ Soziale Sicherheit für alle!

Der Standpunkt:

„Die ÖVP hat mit der SPÖ Stabilität, aber keine Chance auf den ersten Platz. Und sie kann trotz der Verbürgerlichung der SPÖ keine 100%ig bürgerliche Politik betreiben. Mit der FPÖ hätte die ÖVP zwar die Chance auf den ersten Platz und eine extrem bürgerliche Politik. Doch die Frage ist, was passiert dann mit der Stabilität.“ So etwa analysierte Hans Besenbeck in einem Mittagsjournal die politische Landschaft in Österreich anhand der Kärntner Ereignisse. Der Mann hat recht. Aber bietet eine SPÖ, die ständige Wahlen (bis auf zwei Ausnahmen) in den letzten Jahren verloren hat, noch die gewünschte Stabilität für die Bürgerlichen als Gegenleistung für die Beteiligung an der Macht und vor allem an den Pflichten. Kärnten hat uns vor Augen geführt, wie schnell der totale sozialdemokratische Zusammenbruch (Außenwider: „Wir müssen komplett neu beginnen“) kommen kann. Und „Kärnten“ kündigt sich überall an, vor allem, wenn man sich die SP-Landesorganisationen, die Mitglieder und Stimmenverluste gerade in den „roten“ Hochburgen ansieht. Die Verantwortung für diese Entwicklung trägt die Parteiführung, die unter Vranitzky vor allem in den 80er Jahren einen dramatischen Rechtsschwenk vollzog. Kernpunkt dieser Politik ist die permanente Zusammenarbeit mit den politischen Vertretern der Unternehmer und der damit unvermeidlich verbundenen Unterordnung gegenüber deren „Sachzwängen“. Die Parteiführung war und ist bereit, fast jeden Preis für ihre Mitregierung zu zahlen – sei es bei den Verstaatlichungen, Privatisierungen oder in der Zivildienstfrage. Die wirtschaftliche Krise und der Druck der Unternehmer, die ihre Profite retten wollen, verschärft die Widersprüche in unserer Gesellschaft. Die SPÖ-Führung ist nicht in der Lage, die Interessen der Arbeitnehmer wirksam zu verteidigen. Die Ablehnung gegenüber der SPÖ-Politik drückt sich politisch vor allem in stärker werdendem Hass gegen das Establishment, also „die da oben“. Die FPÖ stößt mit ihrer rassistischen, populistischen Hetze – der angeblichen Politik für den kleinen Mann – in ein Vakuum (vor allem in den Krisenregionen), das ihr vom Sozialabbau von Vranitzky/Co hinterlassen wird. Doch es ist eine Minderheit, die zur FPÖ überläuft. Die Mehrheit derer, die die SPÖ als Mitglieder oder Wähler verlassen, wollen mit ihr im Moment einfach nichts zu tun haben, weil sie sich nicht recht von der Parteispitze nicht vertreten fühlen. Die kommende Periode wird diese Entwicklungen weiter beschleunigen, vor allem auch die Angriffe auf die Rechte der Arbeitnehmer. Massenentlassungen in der Industrie, Nulllohnstunden und „Flexibilisierung“ stehen ganz oben auf der Liste der Maßnahmen. Eine Bürgerblock-Regierung aus FPÖ und ÖVP, die eine solche Politik radikal durchzieht, ist eine reale Bedrohung. Eine solche Regierung kann nur durch eine absolute SPÖ-Mehrheit verhindert werden. Doch, daß ein SPÖ-Wahlkreis automatisch keine Politik für die Arbeitnehmer, also eine sozialistische Politik bringen würde, liegt auf der Hand. Die Parteispitze würde versuchen so weiter zu machen wie bisher, allerdings ohne sich permanent auf die ÖVP ausreden zu können. Wie sich die Situation der Bevölkerungsmehrheit weiterentwickelt, wird dadurch entscheidend, wie es uns gelingt unsere Interessen in den Betrieben und Ausbildungsinstitutionen zu verteidigen und zu vertreten.



von John Evers

Landtagswahlen in Kärnten, Schlammsschlacht um den Landeshauptmannposten!

Packelei nützt Haider!

Der Poker um den Landeshauptmann und die Besetzung der Landesregierung in Kärnten endet mit einer Niederlage für die SPÖ. Mehrere Wochen waren gefüllt mit ständig wechselnden Pakten, Abkommen, Geheimverhandlungen und Postenschiebereien.

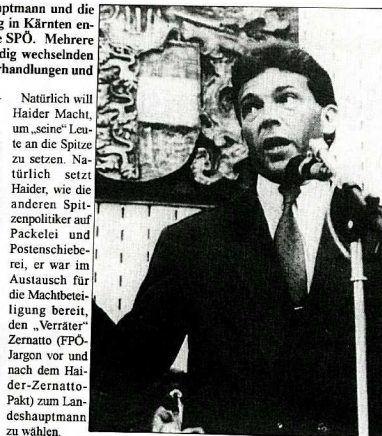
von Sonja Grusch

Letztlich verhält die SPÖ-Führung zum ÖVP zum Landeshauptmann und sichert ihr die Gefolgschaft der SPÖ zu. Auch wenn die SPÖ-Kärnten, durch diese Einigung mit der ÖVP, in Zusammenhang mit den Gesprächen Ausserwinkler mit Haider, einige Landesräte behält, ist die nächste Niederlage vorprogrammiert.

SPÖ: 37,4% (-8,55%)
FPÖ: 33,3% (+4,3%)
ÖVP: 23% (+2,81%)

Trotz aller Beteuerungen, die FPÖ auszusagen, hat sich gezeigt, daß die SPÖ-Führung nicht unbedingt gegen eine Zusammenarbeit ist, wenn sie sich davon Vorteile erhofft. Und sogar noch jetzt trauern einzelne Kärntner SPÖ-Spitzenfunktionäre einer Kooperation mit Haider nach. Nachdem Zernatto – schon zur völligen Selbstauflage bereit – von der Bundes-ÖVP noch einmal zurückgepfiffen wurde, haben sich nun die Privilegien-Rüter und Parteibonzen von SPÖ und ÖVP den Rettungsanker zugeworfen. Die Geheimverhandlungen und -protokolle, Postenschiebereien und ein prinzipienloser politischer Zick-Zack-Kurs haben der SPÖ mehr Landesteile gebracht, aber Haider/FPÖ bleibt trotzdem der alleinige Gewinner übrig.

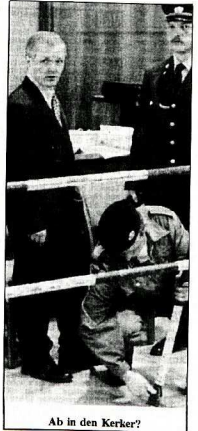
Natürlich ist die FPÖ hinter den Posten her, und Haider's „Bürgerpartei“ steht schon in den Startlöchern.



Natürlich will Haider Macht, um „seine“ Leute an die Spitze zu setzen. Natürlich setzt Haider, wie die anderen Spitzenpolitiker auf Packelei und Postenschieberei, er war im Austausch für die Machtebeteiligung bereit, den „Verträter“ Zernatto (FPÖ-Jargon vor und nach dem Haider-Zernatto-Pakt) zum Landeshauptmann zu wählen.

Aber Haider geht in die Offensive und kann auf die Milieuführung der SPÖ verweisen. Die Wut der Bevölkerung in Kärnten über die „Verlogenheiten“ der Parteien würde sich z.Z. in Stimmengewinnen für die FPÖ niederschlagen – kein Wunder also, wenn die Blauen lautstark Neuwahlen fordern. Die SPÖ-Führung war und ist offensichtlich bereit, weiter nach rechts zu gehen, um dem Busch-Flick die Koalition mit der SPÖ vorläufig schmackhaft zu machen. Aber durch diese Politik wird die SPÖ und ihre Organisationen geschwächt. Wenn der FPÖ-freundliche Flügel in der ÖVP die Oberhand gewinnt und die SPÖ nur mehr ein Klotz am Bein für die ÖVP ist, steht die FPÖ bereit, eine radikale „Bürgerblock-Regierung“ zu bilden, mit der sich noch besser Politik gegen die Arbeiter durchsetzen läßt.

Die Haider-FPÖ wird versuchen, mit ihren heuchlerischen Parolen gegen die „Bonzen“ und „Bürokraten“ heuchlerisch gegen die „Verträter“ ÖVP und die „korrupte“ SPÖ zu mobilisieren. Kärnten ist zum politischen Pulverfaß geworden. Die SPÖ-Führung verkriecht sich hinter Zernatto, weil sie unfähig ist, ihre Politik zu ändern. Bleibt die Frage, ob die Basis von SPÖ und Gewerkschaften sich ruhr und protestiert. Diese SPÖ-Führung um Ausserwinkler ist jedenfalls ein Spielball für die Bürgerlichen geworden.



Ab in den Kerker?

Personalvertretungswahlen bei der Gemeinde Wien

Über 60.000 Beschäftigte der Gemeinde Wien sind aufgerufen, Anfang Mai 1994 ihre Personalvertretung und, erstmals seit 12 Jahren, ihre Gewerkschaftsvertretung zu wählen. In der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GDG) und in der Personalvertretung (PV) gibt es eine historisch gewachsene, große Mehrheit der FSG (Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter), der Parteifraktion der SPÖ. Die FCG (der ÖVP nahestehende Fraktion) hat keine Chance auf eine Mehrheit. Als Oppositionsliste kandidiert die KIV.

Die Gemeindebediensteten sind wie alle anderen Arbeitnehmer vom Sozialabbau und den Angriffen auf Arbeitnehmerrechte betroffen. Die Unzufriedenheit über die unzulängliche Personal- und Gewerkschaftsvertretung der FSG-Führung, sowie die Verfallung von PV, Gewerkschafts- und politischen Funktionen und die Verschlechterung der Arbeitsituation im allgemeinen werden zu Verlusten der FSG führen. Aber die FSG wird die Mehrheit halten können, weil große Bereiche noch immer zu fast 100% für sie stimmen und die oppositionelle Namensliste KIV (Konsequente Interessensvertretung) nicht überall kandidiert. Und auch die FPÖ-Liste tritt nicht überall an.

Aber nichts kann darüber hinwegtäuschen, daß die FSG-Führung keinen Widerstand gegen die Rathaus-Politik leistet. Vielmehr sitzen die Gewerkschaftsvertreter im Gemeinderat und tragen die Sparpolitik auf dem Rücken der Bediensteten, aber auch der gesamten Arbeiterschaft, in Wien mit. Der Stadtsenat, der Gemeinderat und die Rathausführung setzen den Sparstift bei

wird. Die FSG-Führung degradiert die eigene Fraktion oft genug zum Erfüllungsscheitern der FSG-Führung in Wien um Haupt- und Mayr. Die Sammlung von aktiven Personalvertretern in der Gemeinde wird der erste Schritt sein, um Widerstand gegen die Sparpläne, die Privatisierungen und den Sozialabbau der Rathauspolitik und Oberbeamten aufzubauen. Es ist bereits zu Privatisierungen von öffentlichen Unternehmen in Wien gekommen, die zu Kürzungen, Gehaltskürzungen und Rationalisierungen geführt haben. Die FSG-Führung hat auch innerhalb des Magistrats nichts Wesentliches weitergebracht. Man denke nur an das ungerechte Gehaltsschema, die steigende Arbeitsbelastung und die schlechten Arbeitsbedingungen. Falls das Arbeitssektor der Gesetzschriften auf die Gemeinde anzuwenden würde, könnten viele Bereiche gleich schließen. Natürlich hat die KIV als gewerkschaftliche Sammelbecken keine geschlossene politische Linie, die Gemeindefunktionen liegen in der offensiven Personalvertretung und im Kampf für mehr demokratische Rechte im Magistrat und in der Gewerkschaft. Europaweit stehen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Verwaltung in schweren Kämpfen gegen Kündigungen und Sozialabbau. Diese Entwicklung wird angesichts der angepöbelten Politik von SPÖ- und FSG-Führung vor uns nicht halt



KONSEQUENTE INTERESSENSVERTRETUNG

machen. Alle Gemeindebediensteten sind aufgerufen, sich in der Personalvertretung zu engagieren und bei der Wahl jene Kandidaten aus KIV oder GLB, aber auch FSG, zu unterstützen, die für eine Offensive der GDG gegen den herrschenden Sozialabbau eintreten. Denn JEZT müssen wir für bessere Arbeitsbedingungen und demokratische Rechte kämpfen, um für kommende Auseinandersetzungen gerüstet zu sein!

Thomas Kerschbaum
Gemeindebediensteter und Mitglied der GDG, Kandidat auf der KIV-Liste „Gesundheitswesen und Betreuung von Behinderten“ (MA 15/47) für die PV- und Gewerkschaftswahl

Informationen über die GDG und die Namensliste KIV bei der VORWÄRTS-Redaktion!
* interessiert an linker Gewerkschaftsbewegung?
Dann schreib an VORWÄRTS!

ÖMV: 1100 Arbeitsplätze in Gefahr!

In den vergangenen 2 Jahren wurden im ÖMV-Konzern (ÖMV AG, PCD, Chemie Linz) über 2000 Arbeitnehmer teils gekündigt, teils mit erhöhten Abfertigungen hinausgedrängt. In der ÖMV AG wurden 1100 Arbeitsplätze abgebaut. Im letzten Jahrzehnt wurde die Belegschaft nahezu halbiert. Die ÖMV soll nun zu 20% an das Scheitern Abu Dhabi verkauft werden. Auf der Strecke bleibt: die Belegschaft.

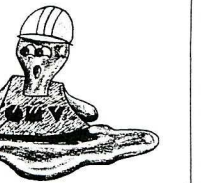
In den vergangenen Jahren wurden immer wieder teure Projekte mit Beraterfirmen gestartet, die alle eines zum Ziel hatten: Den bereits geplanten Personalabbau irgendwie zu begründen. Es ist höchste Zeit, daß sich die Belegschaft gegen die Angriffe wehrt. Es gibt eine aufrechte Streikdrohung des ÖMV-Betriebsrates im Falle von Ausgliederungen und Kündigungen. Diese Drohung wurde mit einem weiteren stillschweigenden Abbau von Arbeitsplätzen beantwortet. Für Arbeitnehmer müssen zeigen, daß wir nicht länger mitspielen, daß wir einmündig sind. Der immer stärker werdende Druck kann nur mit Gegenrückwirkungswall beantwortet werden – mit Maßnahmen wie Protestversammlungen und Warnstreik. Der Betriebsrat setzt allerdings auf Stillhalten. Anstatt auf, wurde die Unternehmensberatungsfirma EFS engagiert. Diese Firma hat sich schon bei der Beratung der DSGS ausgezeichnet: Über 400 Millionen war die Höhe des Verlustes, der durch Befolgung der guten Ratschläge entstand.

Es zeigt sich: Je weiter die Privatisierung fortschreitet, desto weiter wird der Abbau von Arbeitnehmerrechten vorangetrieben. Jede Kündigung, jeder Sozialabbau ist ein Schritt weiter in diese Richtung. Es ist höchste Zeit, daß sich die Belegschaft gegen die Angriffe wehrt. Es gibt eine aufrechte Streikdrohung des ÖMV-Betriebsrates im Falle von Ausgliederungen und Kündigungen. Diese Drohung wurde mit einem weiteren stillschweigenden Abbau von Arbeitsplätzen beantwortet. Für Arbeitnehmer müssen zeigen, daß wir nicht länger mitspielen, daß wir einmündig sind. Der immer stärker werdende Druck kann nur mit Gegenrückwirkungswall beantwortet werden – mit Maßnahmen wie Protestversammlungen und Warnstreik. Der Betriebsrat setzt allerdings auf Stillhalten. Anstatt auf, wurde die Unternehmensberatungsfirma EFS engagiert. Diese Firma hat sich schon bei der Beratung der DSGS ausgezeichnet: Über 400 Millionen war die Höhe des Verlustes, der durch Befolgung der guten Ratschläge entstand.

Es zeigt sich: Je weiter die Privatisierung fortschreitet, desto weiter wird der Abbau von Arbeitnehmerrechten vorangetrieben. Jede Kündigung, jeder Sozialabbau ist ein Schritt weiter in diese Richtung. Es ist höchste Zeit, daß sich die Belegschaft gegen die Angriffe wehrt. Es gibt eine aufrechte Streikdrohung des ÖMV-Betriebsrates im Falle von Ausgliederungen und Kündigungen. Diese Drohung wurde mit einem weiteren stillschweigenden Abbau von Arbeitsplätzen beantwortet. Für Arbeitnehmer müssen zeigen, daß wir nicht länger mitspielen, daß wir einmündig sind. Der immer stärker werdende Druck kann nur mit Gegenrückwirkungswall beantwortet werden – mit Maßnahmen wie Protestversammlungen und Warnstreik. Der Betriebsrat setzt allerdings auf Stillhalten. Anstatt auf, wurde die Unternehmensberatungsfirma EFS engagiert. Diese Firma hat sich schon bei der Beratung der DSGS ausgezeichnet: Über 400 Millionen war die Höhe des Verlustes, der durch Befolgung der guten Ratschläge entstand.

angekündigt worden waren. Stillhalten – solange, bis es zu spät ist. Wir müssen uns mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die Privatisierungen und der Arbeitsplatzabbau beendet bzw. rückgängig gemacht werden. Die Gewerkschaft und Belegschaften müssen um jeden Arbeitsplatz in der ÖMV und der gesamten Verstaatlichten kämpfen, um den Ausverkauf der Verstaatlichten auf dem Rücken der Arbeitnehmer ein Ende zu setzen.

Andrea Koch, ÖMV-Betriebsratin VORWÄRTS fordert:
* Nein zu Kündigungen und zu weiterer Arbeitsplatzabbau durch Pensionierungen u.a. Maßnahmen so wohl in der ÖMV AG als auch in der ÖMV Gruppe!
* Verhandlungen müssen offen sein, damit keine Vereinbarungen zu Lasten der Belegschaft abgeschlossen werden können. Die Belegschaft muß jederzeit über aktuelle Vereinbarungen informiert werden.
* Die Gewerkschaft muß diesen permanenten Angriffen gemeinsam mit der Belegschaft entschlossen entgegenreten und die Streikdrohungen in die Tat umsetzen.



VORWÄRTS in aller Munde!

Nun haben wir auch im ÖAAB Fans, die VORWÄRTS lesen und sich darüber sogar Gedanken machen. In der ÖAAB-Betriebszeitung in der ÖMV wurde neuerlich „aufgedeckt“, daß die OFFENSIV-Betriebsratin Andrea Koch auch VORWÄRTS-Unterstützerin ist. Sogar unsere Forderungen (12.000,- Mindestlohn...) wurden abgedruckt und interpretiert: „Bei allen schon klingenden Forderungen wird auf die Frage, wie man sie bezahlen sollte, natürlich nicht eingegangen, wir können uns aber vorstellen, daß auch hier in den Tischen schon Konzepte schlummern. Man braucht das Geld dazu ja nur irgendeinem Weg wegzunehmen, der es hat.“ – Sie haben's kapier!

Groß war die Verwirrung um die Höhe unseres Kampffonds. Die Bürokraten der ÖVP haben offenbar Angst vor der Vorstellung, daß es soziale Menschen gibt, die für die Verbreitung sozialistischer Ideen auch von ihrem eigenen Geld noch etwas spenden.

Andrea Koch

Wasser und Brot für Unterwieser?

Am 20. April 1994 begann im Grazer Straßengericht der „größte Mordprozeß in der Geschichte der 2. Republik.“ – So wurde der Prozeß, bei dem Jack Unterwieser des einfachen Prostituiertenmordes angeklagt wird und nun vor Gericht steht, in den letzten Tagen unzählige Male in der österreichischen Presse bebildet.

von Sybille Uhadla

Doch bereits Wochen davor begannen Österreichs Zeitungen, uns mit Sensationsmeldungen rund um den Fall „Unterwieser“ zu bombardieren. Da wurde ein Interview mit Unterwieser Ex-Freundin Bianca abgedruckt, in dem sie sich von Unterwieser und ihrer Vergangenheit nicht für alle Male distanzierte: „Jetzt könnte ich nicht mehr mit ihm in einem Bett liegen und ruhig einschlafen“, „Neue Kronen Zeitung“, 10.4.1994. Dort wurde die Unterwieser-Autobiographie „Pegeleifer“ als Fortsetzung des bekannten Psychiater Dr. Pernhaupt, der analysiert, wie „aus dem Enkel eines Zirkusbesizers ein Fürsorge- und Heimkind, ein Dieb, Gewalttäter, zwanghaft geriebener Lustling, Zuhälter und schließlich“

wie sämtliche Sensationsmeldungen zuvor! Unterwieser wird zum „Teufel“ erklärt und eine ganze Nation gegen die „liberale“ Justiz eingeschoben, weil die ja die „Kriminalen“ wieder frei läßt und nicht schwer genug bestraft...

Was in diesem Trubel untergeht, genauso wie beim Fall Hass, ist der Versuch der bürgerlichen Presse und Parteien, die Justizreform der 70er Jahre abzuschaffen. Anhand von spektakulären Kriminalfällen gehen reaktionäre Politiker und Journalisten, aber auch Richter, in die Offensive und erklären den „liberalen“ Straßengericht für gescheitert. Strafe und Sühne bzw. Rache ist ihr Credo in der Bekämpfung der Kriminalität. Die bürgerliche Boulevard-Presse – die „Krone“ und „tägliche all“ – vermarktet skrupellos jeden „Kriminalen“, der dadurch schon vor dem Prozeß verurteilt wird. Die bürgerlichen Parteien und Medien befinden sich nicht nur im wirtschaftlichen Bereich in der Offensive, sondern auch in der Gesellschaftspolitik. Die Kapitalisten setzen auf die Ellenbogen-Gesell-

schaft, Kriminalität ist somit nur ein Problem für die Polizei, für die Geheime und Gefängnisse. Kontrollieren, überwachen, strafen und wegsperrn sind ihre Mittel der Sicherheitspolitik. Kein Wort davon, daß meist soziale Probleme die Ursachen von Kriminalität sind, und daher eine unsichere Gesellschaft nur durch soziale Maßnahmen bekämpft werden kann. Letztlich ist der Ausgang des Unterwieser-Prozesses für die Befürworter der Verschärfung des Strafrechtes und -vollzuges egal. Sie benutzen diese spektakulären Prozesse als Aufhänger für ihre politischen Ziele. Für die bürgerlichen Politiker und Journalisten sind die Justizreformen, die unter Broda (Justizminister der Kreisky-Ära) durchgeführt wurden, ein rotes Tuch und jetzt witem sie die Chance – damit „Wien nicht Chicago wird“.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber und f.d.V.: Vernetz VORWÄRTS als sozialistisches Dienstleistungsunternehmen
PF 2, 1082 Wien
Druck: Bruck, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
Erscheinungszeit: Wien

WAS BRINGT DIE EUROPÄISCHE UNION?

„Europäer sind wir - Österreicher bleiben wir“ (ÖVP), „Wiener bleiben wir - Europäer werden wir“ (SPÖ). Die EU-Werbekampagne war an inhaltlichem Niveau kaum zu unterbieten.

Doch worum geht es bei dieser EU wirklich? Bei Betrachtung der Struktur und der Ziele wird eines klar: Die EU ist ein Konzept der europäischen Unternehmer, europaweit Arbeitnehmerrechte abzuhängen und nach außen hin einen wirtschaftlich und militärisch ebenbürtigen Konkurrenten

von Claudia Sorger

der USA/NAFTA und Japan gegenüber zu stellen.

Gemeinsam oder einsam?

Argument Nr. 1 derjenigen, die den Arbeitnehmern und Jugendlichen die EU schmackhaft machen wollen, ist das Argument der Mithildigkeit. Nur wenn wir in der Gemeinschaft teilhaben und nicht alleine draußen bleiben, können wir auch mitscheiden... Doch mitzuteilen gibt es für die Masse der Bevölkerung im EU-Europa noch weniger als jetzt. Das entscheidende Organ, der Minister, wird nicht direkt gewählt, sondern die einzelnen Regierungen entsenden die jeweiligen Fachminister. Das einzig formal demokratisch gewählte Organ, das Europäische Parlament, hat hauptsächlich beratungsrecht und kein Beschlussrecht. Doch entschieden wird ohnehin, wie im Kapitalismus üb-

lich, nicht in den von den arbeitenden Bevölkerung gewählten Gremien, sondern in den Konzernräten, den Unternehmerorganisationen etc., die mit der Brüsseler Bürokratie stark verzettelt sind. Vertreter von Wirtschaft und Industrie haben ca. 300 einflussreiche Lobbys in Brüssel, die Einfluss auf Gesetze nehmen. So gelang es z.B. der UNICE (Vereinigung der Industriellenverbände Europas) ein europaweites Betriebsratsgesetz zu verhindern. Nach eigener Aussage bewahrte dies Europa „vor großem Schaden“. Österreich dürfte mit dieser Praxis kein Problem haben: Schon in der Vergangenheit wurden EG-Vorgaben durch gemeinsamen Druck von europäischen und österreichischen Kapitalbravern verweigert, als von so manchem Mitgliedstaat. Die Unternehmer sind durch und über die EU europaweit politisch vernetzt und gehen dadurch zumindest einem Punkt geschlossen vor gegen die Arbeitnehmer. Daraus internationale Verbindungen sind demgegenüber außerordentlich schwach. Der Europäische Gewerkschaftsbund ist nichts als ein Konferenzgremium mit ganzen 25 Mitarbeitern, in dem sich Gewerkschaftsbürokraten ein paar Mal

im Jahr treffen. Resolutionen verabschieden und wieder nach Hause gehen. Der EGB ist auch kein Zusammenschluss der europäischen Gewerkschaften. Die KP-nahen Gewerkschaften in Frankreich und Spanien, die dort einen großen Teil der Arbeitnehmer organisieren, wurden

„Die EG ist nicht dazu da, daß es den Menschen besser geht, die EG ist dazu da, daß es der Wirtschaft besser geht.“

Alberto Fontana, Generalsekretär der UNICE

von der Mitgliedschaft gleich vorweg ausgeschlossen. Europaweite Richtlinien werden nur dann eingehalten, wenn sie im Interesse der Unternehmer sind. So hat z.B. der EG-Ministerrat zwischen 1975 und 1986 fünf Richtlinien zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern erlassen (z.B.: Lohngleichheit, gleiche Bildungs- und Berufschancen). Umgesetzt wurde davon, wie die Lage der Frauen und die Arbeits- und die Sozialgesetzgebung der EU-Länder zeigen, so gut wie nichts.

EWS: Unternehmerrückzug vor der Soziallabau

Das Projekt der Währungsunion eignet sich für die Unternehmer vorzüglich, den Sozialabbau voranzutreiben und soziale Errungenschaften der Arbeitnehmer zu attackieren. Denn

zur Teilnahme an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) sind von den Staaten gewisse Bedingungen („Konvergenzkriterien“) zu erfüllen. Diese beinhalten niedrige Inflationsraten und geringe Staatsverschuldung und Preisstabilität. Da bis auf Luxemburg kein EU-Staat diese Kriterien erfüllt, wird unter anderem mit diesem Argument eine rigorose Sparpolitik auf dem Rücken der Arbeitnehmer betrieben. Schon jetzt wird der Sozialabbau in Spanien, Portugal und Griechenland mit dem Erfüllen der Konvergenzkriterien bis 1999 begründet. Auf Arbeitsplätze und „Verteilungsgerechtigkeit“ wird dabei natürlich keine Rücksicht genommen.

Gleichzeitig zeigt die Währungsunion, daß Europa auf kapitalistische Grundgesetze nicht vereint werden kann. Im Sommer 93 brach die Vorstufe der EWWU, das EWS (Europäische Währungsunion), de facto auseinander. Die Banden, in denen die Währungen schwanken dürfen, wurden auf 30% vergrößert. Doch liegt die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Ländern zu Grunde. Die EU ist unfähig, das Nord-Süd-Gefälle Europas zu beseitigen. Alles in allem hat sich die EU wieder einmal als Schnöwenorganisation entpuppt, die bei Anzeichen wirtschaftlicher Krisen auseinanderbricht. Die Kapitalisten sind unfähig, Europa zu vereinen.

Im Zuge der Angleichung der Systeme (insbesondere im Zusammenhang mit der Währungsunion) wird bei öffentlichen Dienstleistungen und in der Sozial- und Bildungspolitik eingespart (z.B. Einführung von Studiengebühren). Die ertragreichsten Teile der öffentlichen Wirtschaft wurden und werden privatisiert, was sich auf die Qualität oft katastrophal auswirkt. (Die EU-Normen für Trink-

wasser wurden in Großbritannien von den verantwortlichen privatisierten Unternehmen einfach als nicht erfüllbar bezeichnet.) Europaweit wurden mit dem Argument EU, Binnenmarkt und Konkurrenzfähigkeit Eigenschaften der Arbeitnehmer abgebaut. So wurden z.B. in Belgien die gesetzlichen Schranken gegen Nacht- und Wochenarbeit aufgehoben, in Deutschland die Kosten der ersten 3 Tage eines Krankenstandes aus der

Stunten in Lissabon, Portugal, Mitgliedstaat der EU!



Stunten in Lissabon, Portugal, Mitgliedstaat der EU!

st sind zu groß, als daß eine Angleichung möglich oder auch nur wünschenswert wäre“ (Broschüre des BKA). Die 1989 beschlossene „Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte“ ist eine Farce - sie wurde von Großbritannien nicht unterzeichnet und umfaßt schwammige Grundätze wie „Das Recht auf ein gerechtes Entgelt“, die für die Mitgliedsländer nicht bindend und auch nicht einklagbar sind.

Im Zuge der Angleichung der Systeme (insbesondere im Zusammenhang mit der Währungsunion) wird bei öffentlichen Dienstleistungen und in der Sozial- und Bildungspolitik eingespart (z.B. Einführung von Studiengebühren). Die ertragreichsten Teile der öffentlichen Wirtschaft wurden und werden privatisiert, was sich auf die Qualität oft katastrophal auswirkt. (Die EU-Normen für Trink-

„Soziale Mindeststandards brächten der Wirtschaft nur einen Wettbewerbsnachteil gegenüber den USA und Japan.“

John Major, britischer Premierminister

wasser wurden in Großbritannien von den verantwortlichen privatisierten Unternehmen einfach als nicht erfüllbar bezeichnet.) Europaweit wurden mit dem Argument EU, Binnenmarkt und Konkurrenzfähigkeit Eigenschaften der Arbeitnehmer abgebaut. So wurden z.B. in Belgien die gesetzlichen Schranken gegen Nacht- und Wochenarbeit aufgehoben, in Deutschland die Kosten der ersten 3 Tage eines Krankenstandes aus der

Krankenversicherung ausgegliedert. In Spanien das Nachtarbeitsverbot für Frauen aufgehoben und vor kurzem wollte die Regierung den Kündigungsschutz aufheben. In Portugal wurden Kündigungsschutzvorschriften abgebaut, in Frankreich startete

zeigen. Zu zeigen, daß sich Konzerne und Banken in der EU noch besser organisieren, um ihre Interessen gegen die Arbeiter durchzusetzen. Doch die EU ist nur Mittel zum Zweck. Nicht die „EU“, sondern die europäischen (und österreichischen)

fisi und korrupte griechische Bürgermeister zählen?“ (Haider am 17.4.94).

Warum wir mit NEIN stimmen

Im Gegensatz zu den nationalistischen EU-Gegnern lehnen wir die EU als Projekt der europäischen Kapitalisten ab. Diese wollen sich als dritte Supermacht etablieren und greifen demokratische und soziale Rechte der Arbeitnehmer innerhalb Europas an. Die große Mehrheit der österreichischen Unternehmer und die Bundesregierung wollen Österreich in diese EU integrieren. Mit einem Nein wollen wir einerseits unsere Ablehnung gegen dieses Konzept der europäischen Unternehmer ausdrücken und andererseits im Interesse der Arbeitnehmer „europäer“ machen, zeigen, was wir von ihrer Politik halten.

Ein Nein löst aber keines der Probleme, wegen denen wir den Beitritt ablehnen. Es ist ein Zeichen des Protests, ein karikatürliches Spiegelbild der Unternehmerrückzug, nicht mehr. Wenn sich dem europäischen Kapital nicht eine international organisierte Arbeiterklasse gegenüberstellt, gehen die Unternehmerattacken weiter, mit oder ohne EU.

Sozialistisches Europa statt EU

Das Europa, das wir wollen, sieht grundsätzlich anders aus. Die EU-Gremien sind für sozialistische Politik und Verteidigung der Interessen der Arbeitnehmer unbrauchbar.

Dem Europa der Unternehmer bzw. des Kapitals ist das Europa der Arbeitnehmer entgegengesetzt. Das bedeutet, daß sich die Arbeitnehmer künftig europaweit und international organisieren müssen, um ihre Interessen wirkungsvoll gegen die Kapitalisten zu vertreten. Das heißt natürlich, daß die Zusammenarbeit der Arbeitnehmer über ein EU-Europa hinausgehen muß.

Nur dann sind sie nicht mehr, wie jetzt z.B. in Fällen von Standortverlegungen, gegeneinander ausspielbar.

Zu einem sozialistischen Europa gehört die Enteignung der großen Konzerne, der Aufbau einer demokratisch geplanten umwelt- und menschenfreundlichen Produktion, volle demokratische Rechte am Arbeitsplatz und in der Schule. Außerdem gleiche Rechte für Männer und Frauen und für inländische und ausländische Arbeitnehmer. Letztlich werden nicht die Kapitalisten Europa vereinen (das versuchen sie schon jahrelang), sondern die internationale Arbeiterbewegung.



Demonstration gegen Wohnungsnot in Madrid

„Freiheit“ oder Festung?

Die sogenannte Freiheit im EWR gilt nicht für alle. In erster Linie gilt sie nicht für jene Menschen, die keine „EWR-Bürger“ sind. Für die Unternehmer werden innerhalb der EU Handels- und andere Hemmnisse abgebaut, aber gegenüber dem Rest der Welt wird nicht gemacht. Die Festung Europa bedeutet vor allem Abschottung des (West-)Europas von Osteuropa und der „dritten“ Welt.

Auch unterhalb der EU/EWR gilt die Freiheit nicht für alle. Es gibt zwar grenzenlose Freiheit des Kapitals, aber für Arbeitnehmer schaut die Sache schon anders aus. EWR-Bürger haben das Recht, sich zwecks Arbeitsuche 3 Monate in einem anderen Land aufzuhalten. Finden sie in diesem Zeitraum keine Arbeit oder beanspruchen sie in diesem Zeitraum Mittel der öffentlichen Fürsorge, können sie ausgewiesen werden. Verweigert werden kann die Aufenthaltsgenehmigung, aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit. Beispiele dafür sind ansteckende Krankheiten.

Soziale Verbesserungen durch EU?

Die Arbeiterkammer, die zu denen gehört, die heftig für den Beitritt zu EU argumentieren, schreibt zum Thema Arbeitnehmerrechte: „Die Anpassung an EU-Recht bedeutet in diesem Bereich eindeutig eine Verbesserung der österreichischen Rechtslage für Arbeitnehmer“.

Wenn die Arbeitnehmerinteressenvertretung die EU brauchen, um die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer dort zu verbessern, wo die EU-Normen schärfer als die österreichischen sind, ist das allerdings richtig, wurden ja gerade in letzter Zeit sonst schon in fast allen Bereichen Anpassungen an die EU vorgenommen. Angesichts solcher Aussagen kann man sich vorstellen, daß von dieser Seite kein großer Druck auf die Unternehmer gemacht werden, indem einzelne Beispiele aufgezählt werden, wo die EU-Bestimmungen für die Arbeitnehmer eine Verbesserung darstellen, z.B. bei Bildschirmarbeitsplätzen. Das Ganze sind aber nur Vorwände für den Beitritt. AK und ÖGB müssen auch ohne EU in der Lage sein, Verbesserungen zu erreichen, noch dazu dort, wo es in der EU vorläufig noch strengere Regelungen gibt.

Umwelt in Europa

Auch der Umweltschutz funktioniert in der EU nach der kapitalistischen Logik - also gar nicht. Umweltpolitik ist so wie Sozialpolitik nur eine flankierende Maßnahme und somit ein vier „Freiheiten“ untergeordnet. Was für die Unternehmer immer schon klar war, schreibt die EU offiziell fest: Umweltschutz gibt es nur, solange er kein Handelshemmnis ist.

Nach dem „Task Force Bericht“ (EU-Umweltstudie) „wird der schrumpfende Binnenmarkt mit einem schmutzigen Wachstum verbunden sein“. Das zusätzliche Wachstum werde eine gigantische Steigerung des Schadstoffausstoßes auslösen. Unter anderem durch die Zunahme des Verkehrs wird - trotz Einführung strengerer Abgasnormen - bis zum Jahr 2010 der Ausstoß an Kohlendioxid um 37%, jener von Schwefeldioxid um 43% und jener von Stickstoffdioxid sowie von Kohlenwasserstoffen um jeweils rund 10% steigen. Der Anteil des Binnenmarkts an dieser Entwicklung wird beim SO₂-Emission mit 8-9% und bei den NO_x-Emissionen mit 12-14% veranschlagt.

Beim Verkehr wird weiterhin - aus Profitgründen - auf die Straße gesetzt. In seinem „Weiße Buch“ zur Beschäftigungspolitik der EU setzt Kommissionspräsident Jacques Delors den Ausbau der Infrastruktur an oberste Stelle. 12.000 km Ausbau der Autobahn sind daraufhin von den Beamten in Brüssel in ein gigantisches Infrastrukturprogramm aufge-

nommen worden, für das Euro-Anleihen im Wert von 1.600 Millionen € ausgeteilt werden sollen.

Was die Stromerzeugung betrifft, setzt die EU auf die Kräfte des freien Marktes. Da die Energiequellen dann in Konkurrenz zueinander stehen und Umweltkosten nicht berücksichtigt werden, haben alternative Energieformen keine Chance gegenüber Atomstrom.

Im Lebensmittelsektor bedeutet die EU sinkende Qualität der Lebensmittel durch steigenden Einsatz von Pestiziden und Gentechnologie. Zum Argument der Mitbestimmung beim Umweltschutz: Beschlüsse in diesem Bereich werden stark beeinflusst von den mächtigen Lobbys der Chemie-, Pharma-, Auto- und Atommultis. Angesichts dieser Tatsachen scheint es zynisch, die Verhandlungsergebnisse als „bestes Auswärtsspiel seit Jahren“ (SPÖ) zu beschreiben. Weiters heißt es: mit

Teamgeist, Beharrlichkeit und unter Einsatz aller Kräfte haben Österreicher Verhandler in Brüssel ein tolles Verhandlungsergebnis herausgeholt: ob Transitvertrag, Zweitwohnsitz oder Landwirtschaft - Ederer, Mock, Klima & Co. haben alle unsere Anliegen durchgebracht.“ So kann wohl nicht behauptet werden,



Umweltzerstörung zur Abfederung

daß der Transitvertrag eine Verbesserung der Verkehrsbelastung bringen wird. Es ist blanke Illusion oder berechnende Propaganda zu behaupten, daß der Beitritt nötig ist, weil Umweltschutz international sein muß. Denn Umweltschutz hat für Europas Kapitalisten vor allem die Bedeutung eines Profithindernisses. Und dem entsprechend haben und werden sie ihre Interessen über ihre Gremien der EU umsetzen.

Wohstand oder Stillstand?

Einer der Hauptzwecke des EU-Konzeptes ist der Sozialabbau. Die Frage der Verbesserung der Wettbewerbschancen zur Steigerung des Profits. Die angestrebte „Verbesserung der Arbeitsbedingungen“ bedeutet vermehrte Druck auf die sozialen Rechte, Arbeits- und Sozialrecht, Betriebsverfassung und Mitbestimmung, Kündigungsschutz und Arbeitszeit werden so zu Wettbewerbsfaktoren. Unternehmen mit starker Arbeitskraftintensität können in Gegenden verlagert werden, wo die Arbeitskraft unterbezahlt wird. Das ist deshalb möglich, weil es keine starke internationale Arbeitnehmerorganisation gibt, die es verhindert, daß die Arbeitnehmer verschiedener Länder gegeneinander ausspielen und überall gleich hohe (1) Standards erkräften.

Umfang und Struktur der Sozialleistungen sind in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Eine einheitliche europäische Arbeits- und Sozialgesetzgebung gibt es nicht und ist auch in Zukunft nicht geplant. „Die Unterschiede der historisch gewachsenen sozialpolitischen Systeme

die Regierung unter Balladur erneuert einen Angriff auf die Jugendlichen und wollte es Unternehmen gestalten, Jugendliche (bis 26 Jahre) unter dem gesetzlichen Mindestlohn zu beschäftigen (der durch eine großartige Bewegung zurückgeschlagen wurde). Die EU bietet also einen guten Rahmen für flexiblen Einsatz der Arbeitskräfte. Das führt dazu, daß immer weniger Arbeitnehmer in abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen stehen. Jeder zweite neu geschaffene Job in der EU ist ein Teilzeitjob.

J. Delors sagt selbst, daß er in ein paar Jahren mit 30 Millionen Arbeitslosen innerhalb der EU rechnen. Die sozialen Probleme werden in der EU sicher nicht gelöst.

Illusionen der nationalen EU-Gegner

Es ist jedoch genauso Illusion zu glauben, daß alles besser wird, nur weil Österreich nicht der EU beitrifft. EU-Gegner, die vor dem Anschluß an große Deutschland warnen und Österreich als demokratisches und neutrales Paradies darstellen, verkennen die Realität. Sie haben Illusionen in den österreichischen Kapitalismus. Wirtschaftlich ist Österreich längst mit der EU eng verflochten und durch den EWR wurden bereits zwei Drittel des Rechtsbestandes der EU übernommen. Die europaweite Krise des Kapitalismus hat die österreichischen Arbeitnehmer genauso getroffen wie ihre Kolleginnen und Kollegen in den EU-Mitgliedsstaaten. Es ist wichtig, Ziel und Zweck des kapitalistischen EU-Projektes zu

Unternehmer sind es, die den Kampf gegen die sozialen und demokratischen Rechte vorantreiben.

Jörg Haider versucht mit seinem Anti-EU-Kurs die Ängste der Bevölkerung (besonders in Krisenregionen) zu nutzen. Es ist klar berechnende Taktik, daß er in dieser Frage unschwankend. Noch im Herbst 1987 meinte er: „Nur eine Vollmitgliedschaft in der EG kann verhindern, daß Österreich ab 1992 zum Entwicklungsland in Europa wird.“ Der FPÖ geht es nicht darum, den Angriffen der Unternehmer etwas entgegenzusetzen, sondern die EU-Ablehnung mit einer heimtückischen, nationalistischen und rassistischen Haltung zu verbinden. Ein Teil des Unternehmerflügels der FPÖ ist für die EU. Haider hat grundsätzlich nichts gegen die EU, er ist für die Supermacht bzw. Festung Europa, das zeigt seine Forderung nach einem europäischen Militärbündnis.

„...das größte Deregulierungsprojekt der Geschichte“

„Wir müssen Großmacht werden.“

EU-Kommissar Narjes

Jaques Delors

nen) für seine nationalistische Propaganda zu nutzen. Es ist klar berechnende Taktik, daß er in dieser Frage unschwankend. Noch im Herbst 1987 meinte er: „Nur eine Vollmitgliedschaft in der EG kann verhindern, daß Österreich ab 1992 zum Entwicklungsland in Europa wird.“ Der FPÖ geht es nicht darum, den Angriffen der Unternehmer etwas entgegenzusetzen, sondern die EU-Ablehnung mit einer heimtückischen, nationalistischen und rassistischen Haltung zu verbinden. Ein Teil des Unternehmerflügels der FPÖ ist für die EU. Haider hat grundsätzlich nichts gegen die EU, er ist für die Supermacht bzw. Festung Europa, das zeigt seine Forderung nach einem europäischen Militärbündnis.

Haider geht auf die Angst vieler Kleinunternehmer, die von der großen europäischen Konkurrenz aufgefressen werden, ein. Für sie fordert er, sollten die 15 Milliarden, die nach Brüssel gehen, als Steuerzuschüsse zur Stärkung ihres Kapitals verwendet werden. Andererseits versucht er, durch rassistische Hetze Arbeiter in den Krisenregionen zu wecken, „denn warum sollen wir für italienische Ma-

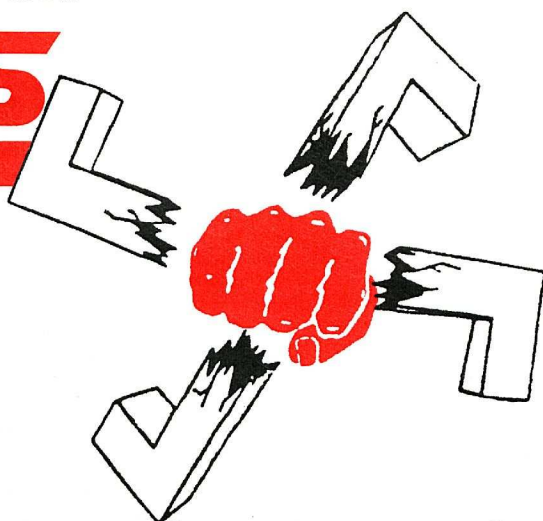
VORWÄRTS

Sozialistische Zeitung

öS 8.-



Das Antifaschistische Komitee mobilisierte 3.000 Jugendliche am 20.4. gegen Nazis!



Den Kampf gegen Rechts jetzt organisieren, denn:

Die Bombe tickt weiter!

Den mutmaßlichen Briefbombenattentätern Radl und Binder wird bald der Prozeß gemacht. Bedeutet eine Verurteilung der Nazis das Ende des rechtsextremen Problems in Österreich? Alleine 1993 gab es 11 Anschläge auf Asylantenheime. Verglichen mit der Einwohnerzahl sind das mehr als in Deutschland. Und diese haben die Angeklagten Binder und Radl sicher nicht allein begangen. Aber es war ihr Umfeld, eine legal und illegal arbeitende rechte Szene, die für den Terror verantwortlich ist.

Die „Volkstreue Außerparlamentarische Opposition“ ist die Kernorganisation des „harten“ Neonazismus in Österreich. Illegale Waffenübungen und zahllose Gewaltaktionen gegen Ausländer gehen auf das Konto dieser zahlenmäßig kleinen Organisation. Die 1986 gegründete, nicht registrierte Organisation konnte lange Zeit völlig offen ihre Propaganda verbreiten. Erst auf internationalen Druck wurde ihr zentraler Führer Gottfried Küssel verhaftet und verurteilt. Die VAPO steht in direktem Zusammenhang mit den Briefbombenattentaten. Im Frühjahr 1993 gab es ein Treffen der VAPO-Führung, an dem Binder und Radl teilnahmen. Radl kündigte wenige Wochen vor den Explosionen an, daß „10 Briefe für 10 Jahre Küssel-Haft verschickt werden“. Die VAPO-Kader verfügen über beste Verbindungen zu rechten Kleingruppen und wichtigen Persönlichkeiten des rechten Lagers in Österreich. Darüber hinaus ist sie Bestandteil des internationalen braunen Netzwerkes, dem auch die

NSDAP-AO (USA) und die deutsche rechte Terrormiliz angehören.

AULA, AFP und Fakten Die politischen Bindeglieder

Die Zeitschriften AULA und Fakten, sowie die Aktionsgemeinschaft für demokratische Politik (siehe Kästen) sind die politischen Bindeglieder zwischen terroristischem rechten Underground und der „ehrenwerten“ Gesellschaft. Fakten-Herausgeber und Ex-NDP-Aktivist H.J. Rosenkranz war zusammen mit dem gesuchten Neonazi Honsik (Halt-Herausgeber) und Franz Radl Spitzenkandidat der verbotenen Liste „Nein zur Ausländerflut“. Das hindert zahlreiche FPÖ-Spitzenfunktionäre nicht, ihm Interviews für sein Schmierblatt zu geben. Verständlich, schließlich ist seine Frau FPÖ-Landtagsabgeordnete und hat sich bis jetzt von den Aktivitäten ihres Mannes noch nicht distanziert.

Die Aula ist die größte und etablierteste rechtsextreme Zeitung. Ihr Leiter, ein ehemaliger NDP-Unterstüt-

zer, schafft es, ein breites rechtes Spektrum zu repräsentieren. Zahllose Abgeordnete der FPÖ (und vereinzelt auch der ÖVP!) schreiben in der Aula genauso wie Otto Scrinzi (ex-FPÖ-Abgeordneter und Gründer der rechtsextremen „National-freiheitlichen Aktion“). Auch NDP-Vorsitzender Burger zählte zu den Aula-Schreibern. Einer ihrer Ex-Chefredakteure ist übrigens FPÖ-Umwolker Mölzer.

FPÖ: Rechte Altpartei

Seit ihrer Gründung gab es in der FPÖ einen starken rechtsextremen Flügel. Gingen vor Haider's Machtergreifung die meisten rechtsextremen Gruppen aus der FPÖ (z.B. die NDP) hervor, so kehrten diese Kräfte ab 1986 wieder zu den „Freiheitlichen“ zurück. Das „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“ nennt das den „Prozeß der Integration“ im rechtsextremen Lager. Aber die militante Naziszene wittert durch Haider-Volksbegehrens. Oder Gottfried Küssel: „Warum sollte ich etwas gegen die FPÖ haben, schließlich habe ich 1980 für sie kandidiert.“

Jetzt aktiv werden!

Die Rechte formiert sich legal und illegal in Europa. Mit ausländerfeind-

lichen und rassistischen Parolen wollen sie uns spalten und am Kampf um unsere Zukunft hindern. Um dagegen etwas zu unternehmen, wurde „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE) gegründet. Die österreichische Mitgliedsorga-

nisation, das Antifa-Komitee, mobilisiert aktiv gegen rechte Politik und ausländerfeindliche Hetze, egal, von wem sie kommt. Denn diese bereitet den Boden für rechtsextremen Terror.

Michi, Antifa-Lehrlingsgruppe

14. Mai, 14 Uhr vor dem AFP-Heim: "WEG MIT DEM AFP-HEIM!"

Das Antifa-Komitee West kämpft zusammen mit der Antifa-Komitee Lehrlingsgruppe für die Schließung des AFP-Heimes in Wien Ottakring, Koppstraße 72. Die „Aktionsgemeinschaft für demokratische Politik“ wurde 1963 gegründet und gilt als eines der wichtigsten Bindeglieder zwischen Rechtsextremen, Deutschnationalen, Neonazis und FPÖ-Funktionären.

Einerseits versucht sie im ihren Publikationen, wie die Zeitung „Kommentare zum Zeitgeschehen“ - keine Lektüre für Bonzen und Parasiten“ mit pseudo-sozialen Argumenten Arbeiter und Jugendliche anzusprechen, doch andererseits wurden im Heim Waffen, Flugblätter und Hakenkreuzfahnen der „Wehrsportgruppe Trenck“ gefunden, die dort Schießübungen veranstaltet hatte. Auch findet sich in den Verkaufslisten der AFP braunes Material wie „Mein Kriegsbruch“ von Hans-Ulrich Rudel, der bis zu seinem Tod der „große“, alte Mann des deutschen Rechtsextremismus war. Ihre Bildungsveranstaltungen nennt die AFP „politische Akademien“, welche jährlich stattfinden. Auf einer solchen Veranstaltung meinte der spanische Faschist Pedro Vareta, daß „... Adolf Hitler nach Jesus Christus der 2. Erlöser der Menschheit sei“. Aber auch bekannte Österreicher sind auf solchen „Akademien“ zu hören, so zum Beispiel „Umwolker“ Andreas Mölzer oder Robert Dürr (FPÖ). Die AFP hält es auch für „Ehrabschneidung“, die Waffen-SS als Mordbrigade einzustufen, junge, slawische Widerstandskämpfer im 2. Weltkrieg seien aber „Völkermörder“. Schon einer dieser Punkte wäre Grund genug, dieser nicht zu unterschätzenden Organisation mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten. Der Kampf gegen die AFP ist aber auch ein Kampf gegen die FPÖ, der Kampf gegen den in Österreich und in ganz Europa vernetzten Rechtsradikalismus und Faschismus.

Europaweites ANTI-NAZI-CAMP, 13.-20.8.: INFOS Antifaschistisches Komitee PF 8, 1061 Wien